



DIE LINKE.

Fraktion P r e n z l a u

DIE LINKE.
Fraktion der SVV Prenzlau
Der Vorsitzende

DIE LINKE, Diesterwegstr. 6, 17291 Prenzlau
☎ 03984 – 5172 ☎ 03984 – 806010 ☎ 0171 – 7345355
✉ uckermark@dielinke-uckermark.de jorge1966@web.de

Stellungnahme / Position
öffentlich

13.12.2012

Zu den Anträgen der SPD, FDP und WP zum Haushalt

Herr Vorsitzender, Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren.

Wir verstehen die Anträge der drei Fraktionen von SPD, FDP und Wir Prenzlauer so, dass es Redebedarf gibt, der zu grundsätzlichen Fragen besteht und in dem es um andere Denkansätze geht, als Steuern anzuheben. Diese Position teilen wir und können sie nachvollziehen.

Es bleibt die Frage, warum diese Anträge nicht bereits in den Ausschüssen diskutiert worden sind, sondern drei Tage vor dem angesetzten Beschluss des HH 2013 auf den Tisch gelegt werden. Ihre Tragweite ist so groß, dass sie bei Annahme die Leistungsfähigkeit der Stadt deutlich einschränken, wenn nicht gar gefährden werden. Gegenüber dem vorgelegten HH-Entwurf mit seiner ohnehin schon gegebenen Finanzierungslücke von 1,6 Mio. Euro kommen bei Annahme Ihres Antrages noch einmal rund 600.000 Euro hinzu. Das würde die Unterdeckung auf 2,2 Mio. Euro anheben. Und das würde uns noch weiter von unserem vor Jahren eingeschlagenen Konsolidierungskurs wegbringen.

„Unsere Bevölkerung“ sind wir alle, Herr Haffer. Ihre Entscheidung wird uns alle negativ treffen. Und – Herr Richter – auch der „Staat“ sind wir alle.

Der Hinweis, stärker als bisher auch inhaltlich aufeinander zuzugehen und miteinander zu kommunizieren, ist richtig und wird von uns begrüßt. Der Weg, den Sie, meine Damen und Herren der antragstellenden Fraktionen, dahin zu gehen gedenken, ist aus unserer Sicht der falsche. Deshalb werden wir diese beiden Anträge (100-2/2012 und 100-3/2012) auch ablehnen.

Wir bitten Sie, sich das Scheiternlassen des Haushaltes noch einmal zu durchdenken und dem Kompromiss einer lediglich auf zwei Jahre befristeten Anhebung der Steuersätze zuzustimmen. Dieser Kompromiss bietet uns die Möglichkeit, in der HH-Diskussion für 2015 das Ergebnis der Schlussrechnung der Landesgartenschau und der Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen in den kommenden beiden Jahren abzuwarten, und dann endgültig zu entscheiden, welcher Weg der richtige ist. Erst dann können wir sehen, wo die allgemeine Lage hingegangen ist.

Unser Antrag 100-4/2012 soll die Erhöhung für 2013 und 2014 festschreiben, ab 2015 ist der Stand der von heute, von dem aus werden wir dann entscheiden.

Und noch ein Hinweis in Richtung Verwaltung: Steuer- und Gebührenanhebungen sind nicht das non plus ultra der Haushaltspolitik. Sie sind ein Mittel, aber nicht das alleinige. Endlos ist dieser Weg definitiv nicht. Wir haben mit den vorgelegten Zahlen das Ende der Fahnenstange erreicht, zumindest für unsere Vorstellungen.

Vielen Dank.